

03.07.2020

Bundespressestelle

Bundesrat verhindert Verschärfung der Diskriminierung von lesbischen Müttern

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Ministerin Giffey muss nun zügig eine nicht-diskriminierende Regelung für das Adoptionshilfe-Gesetz finden

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

*In seiner heutigen Sitzung hat der Bundesrat dem Adoptionshilfe-Gesetz seine Zustimmung verweigert. Dazu erklärt **Gabriela Lünsmann, Mitglied im Bundesvorstand des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD):***

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) ist erleichtert, dass sich der Bundesrat heute einer Verschärfung der Diskriminierung von Zwei-Mütter-Familien verweigert hat. Wir fordern Bundesfamilienministerin Giffey dazu auf, zügig das Adoptionshilfe-Gesetz so zu formulieren, dass dadurch lesbische Mütter bei der rechtlichen Anerkennung ihrer Familie nicht noch mehr benachteiligt werden als im bestehenden Recht. So könnte das Adoptionshilfe-Gesetz, das ansonsten viele sinnvolle Regelungen enthält, bald Inkrafttreten. Der LSVD hat längst einen [konkreten Vorschlag zur Gesetzgebung unterbreitet \[https://www.lsvd.de/de/ct/2290-dringender-aenderungsbedarf-lesbische-herkunftsfamilien-im-adoptionshilfegesetz\]](https://www.lsvd.de/de/ct/2290-dringender-aenderungsbedarf-lesbische-herkunftsfamilien-im-adoptionshilfegesetz), der durch eine einfache Ausnahmeregelung die Verschärfung der Diskriminierung verhindern würde.

Für den LSVD ist es absolut unverständlich, warum das Bundesfamilienministerium überhaupt an der verschärfenden Regulierung im Gesetz festgehalten hat. [Die Kritik war lang bekannt. \[https://www.lsvd.de/de/ct/2506-kein-kind-darf-bezueglich-seiner-familienform-diskriminiert-werden\]](https://www.lsvd.de/de/ct/2506-kein-kind-darf-bezueglich-seiner-familienform-diskriminiert-werden) Hauptverantwortlich ist jedoch Bundesjustizministerium Lambrecht, die die seit Jahren versprochene und notwendige Reform im Abstammungsrecht weiter verschleppt. Damit sorgt sie dafür, dass lesbische Mütter auf das Verfahren der Stiefkindadoption angewiesen bleiben, um beide als rechtliche Eltern anerkannt zu werden. Es ist sehr zu begrüßen, dass der Bundesrat nun wenigstens verhindert hat, dass Zwei-Mütter-Familien die Untätigkeit im Justizministerium ausbaden müssen.

Der LSVD hatte alle Landesregierungen angeschrieben und sie gebeten, das Adoptionshilfe-Gesetz im Bundesrat nicht passieren zu lassen, solange es die Diskriminierung lesbischer Paare verschärft.

Zwei-Mütter-Familien erfahren bereits aktuell eine erhebliche Diskriminierung durch den Zwang zur Durchführung eines förmlichen Adoptionsverfahrens, als einzige rechtliche Möglichkeit zur Erlangung der gemeinsamen Elternschaft. Sie sind die einzigen Eltern, in deren Partnerschaften und Ehen Kinder hineingeboren werden, die gegenüber dem Jugendamt und dem Familiengericht ihre Eignung als Eltern nachweisen müssen. Diese Diskriminierung soll nach dem Willen der Regierungskoalition durch das Adoptionshilfe-Gesetz weiter massiv verschärft werden. Sie sollen nun zusätzlich auch eine verpflichtende Beratung absolvieren. Der Nachweis dieser Beratung wird zwingende Antragvoraussetzung für die Adoption sein. So drohen noch längere Wartezeiten bis zur rechtlichen Absicherung der Kinder.

Hintergrund

Pressemitteilung



- Warum wird das Adoptionshilfe-Gesetz die Diskriminierung von Zwei-Mütter-Familien verschärfen? [<https://www.lsvd.de/de/ct/1706-diskriminierung-von-lesbischen-familien-wuerde-sich-durch-adoptionshilfe-gesetz-verschaerfen>]

- Was fordert der LSVD für Regenbogenfamilien? LSVD-Positionspapier "Regenbogenfamilien im Recht" [<https://www.lsvd.de/de/ct/458-was-fordert-der-lsvd-fuer-regenbogenfamilien->]

- **Gleiche Rechte für Regenbogenfamilien. Petition vom LSVD und All Out mit über 66.000 Unterschriften** [<https://action.allout.org/de/a/regenbogenfamilien/>]

Der Lesben-und Schwulenverband (LSVD) ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).

Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.